

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

PETA Deutschland e.V.

per Mail an: PeterH@peta.de

Sebastian Koch

Landesgeschäftsführer

Landesvorstand Berlin

Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30 / 24 00 93 01

Telefax +49 30 / 24 00 92 60

sebastian.koch@dielinke.berlin

www.dielinke.berlin

Berlin, den 7. September 2021

Betr. Wahlprüfstein von PETA Deutschland e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins von PETA Deutschland e.V.
Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

1. Tierversuche / Tierverbrauch in der Lehre

Tierversuche sind oftmals mit erheblichen Leiden für die Tiere verbunden; die Ergebnisse lassen sich kaum auf den Menschen übertragen – tierfreie Forschungsmethoden sind auf dem Vormarsch. Im Rahmen der Lehre an Hochschulen finden jedoch noch immer Tierversuche statt, ebenso werden – insbesondere für Sezierkurse – zahlreiche getötete Tiere „verbraucht“ – obwohl einige Universitäten in Deutschland bereits jetzt moderne Biologie- oder Medizin-Studiengänge anbieten, ohne dass getötete Tiere dafür verwendet werden.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass sowohl Tierversuche als auch Tierverbrauch für die Lehre in den Berliner Bildungseinrichtungen beendet und durch moderne Methoden ersetzt werden?

Im Mai 2019 hat das Abgeordnetenhaus von Berlin in einem Beschluss den Senat aufgefordert, bei einer Novelle des Hochschulgesetzes die tierversuchsfreie Forschung an Berliner Hochschulen zu stärken und dabei auf die Verwendung von Tieren in der Lehre weitgehend zu verzichten. Leider ist die nun kürzlich im Abgeordnetenhaus verabschiedete Fassung des Hochschulgesetzes im Hinblick auf Tierversuche sehr enttäuschend und aus unserer Sicht unzureichend.

Wir werden uns dafür einsetzen, dies in der nächsten Legislatur zu korrigieren. Nach unserer Ansicht fehlen insbesondere ein expliziter Auftrag an die Hochschulen zur Förderung und Erforschung tierversuchsfreier Forschungs- und Lernmethoden sowie Möglichkeiten über die Anstrengungen der Hochschulen in diesem Bereich Transparenz zu schaffen. Darüber hinaus wollen wir zusammen mit Vertreter:innen aus Forschung, Wissenschaft, Industrie und Tierschutzorganisationen einen Plan zum

Ausstieg aus Tierversuchen entwickeln. Ähnlich wie in den Niederlanden soll es konkrete Maßnahmen und Zeitpläne zur Reduzierung und Beendigung von Tierversuchen in den unterschiedlichen Bereichen geben.

2. Jagdgesetz / Jagd auf Füchse

In Berlin töten Jäger jedes Jahr mehrere Dutzend Füchse – im Jagdjahr 2019/2020 waren es 74 Tiere. Ökologische, gesundheitsrelevante oder wildbiologische Argumente für die regelmäßigen Fuchstötungen liegen nicht vor. Füchse werden von Jägern als „Jagdkonkurrenten“ angesehen. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd ein, das aufgrund der positiven Erfahrungen verlängert wurde und weiterhin Bestand hat.

- a) Wird sich Ihre Partei für eine Novellierung des Landesjagdgesetzes nach tierfreundlichen und ökologischen Kriterien einsetzen?**
- b) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Füchse in Berlin nicht mehr flächendeckend getötet werden dürfen?**

Zu a) und b) heißt es in unserem Wahlprogramm DIE LINKE Berlin: „Unser Jagdrecht ist veraltet. Es braucht eine grundsätzliche Jagdreform, die den Fokus auf Tier- und Naturschutz legt. Sie soll sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren und nicht an Traditionen. Dementsprechend fordern wir ein vollständiges Verbot der Verwendung bleihaltiger Munition sowie die Beendigung der Jagd auf Beutegreifer wie Fuchs und Marder.“

3. Ernährung

Der durchschnittliche Konsum tierischer Nahrungsmittel liegt in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau. Dies fördert neben Tierleid auch sogenannte Zivilisationskrankheiten. Zudem zählt die Produktion tierischer Nahrungsmittel zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.

- a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl steht?**

DIE LINKE Berlin setzt sich generell dafür ein, dass in allen Gemeinschaftseinrichtungen (Schulen, Kitas, Altenheimen, Hochschulen, Betrieben, Krankenhäusern) die Ernährung gesünder, nachhaltiger und regionaler werden soll. In allen Einrichtungen sollen auch vegetarische und vegane Gerichte angeboten werden.

4. Welpenhandel / Sachkundenachweis

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Durch das vermittelte Wissen werden eine tiergerechte Haltung gefördert, Spontankäufe und damit einhergehende Abgaben an Tierheime reduziert sowie vor allem die Anzahl an Beißvorfällen gesenkt.

- a) Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter in Berlin einsetzen?**

b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Kapazitäten bei den Veterinärbehörden zu erhöhen, damit der illegale Welpenhandel in Berlin besser bekämpft werden kann?

Zu a): In unserem Wahlprogramm haben wir uns insbesondere für die Abschaffung von sogenannten Rasselisten ausgesprochen, die in der Vergangenheit keinen effektiven Beitrag zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden leisten konnten. Wir lehnen die Vorverurteilung von Hunden aufgrund ihrer Rasse ab und wollen deshalb auch in Berlin die Rasseliste abschaffen.

In diesem Zusammenhang halten wir einen Nachweis über die Eignung zur Hundehaltung bei Hundehalter:innen für sinnvoll.

Zu b): Nicht nur für den Kampf gegen den illegalen Welpenhandel, sondern der generelle Vollzug im Tierschutz muss verbessert werden. Zu oft fehlt es an konkreten Ansprechpartner:innen, um bestehende Gesetze und deren Einhaltung wirksam zu kontrollieren, durchzusetzen, aber auch Verstöße entsprechend zu ahnden. Daher bedarf es der weiteren Stärkung der Veterinärämter und der Einrichtung einer Fachstaatsanwaltschaft für Tierschutz.

5. Tierschutz beim Angeln

Wettfischen wird inzwischen von vielen Staatsanwaltschaften und Gerichten als strafbar angesehen – auch dann, wenn die Fische anschließend gegessen werden.

a) Unterstützt Ihre Partei ein Verbot von Wettfischveranstaltungen, bei denen es darum geht, möglichst schwere oder viele Fische in einer bestimmten Zeit zu angeln und „Fischerkönige“ geehrt werden?

b) Unterstützt Ihre Partei das geplante Verbot des „Catch & Release“-Angelns, bei dem Fische für das Posieren gefangen und anschließend, oft verletzt, wieder zurückgesetzt werden?

c) Unterstützt Ihre Partei ein Verbot des Angelns von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren?

Zu a) Laut der Berliner Landesfischereiordnung (LFischO) §23(2) sind Angelveranstaltungen verboten, wenn sie aus Wettbewerbsgründen, zur Erzielung von Geld-, Sach- und sonstigen Preisen, zur Erlangung von Pokalen oder zur Ermittlung von Siegern und Platzierten durchgeführt werden. Dennoch finden regelmäßige sogenannte Hegefischen statt, die oftmals nur als Grund angegeben werden, um den eigentlichen Wettkampf zu verschleiern. Daher sind wir durchaus offen dafür, den § 23(3) LFischO aufzuheben.

Zu b) Ja, wir halten diese Angelpraxis für tierschutzwidrig. Die Fische werden ohne vernünftigen Grund gestresst und verletzt.

Zu c) Unabhängig von einer Altersbeschränkung wollen wir generell den Schutz der Tiere beim Angeln erhöhen. Im Sinne des Artenschutzes fordern wir ein Nachtangelverbot, um den Erhalt

heimischer Fischpopulationen zu sichern und wir setzen uns auch dafür ein, die sogenannte Weißfischbefischung schnellstmöglich zu beenden.

6. Pferdekutschen

In einigen Weltmetropolen wie Barcelona oder Montreal sind kommerzielle Pferdekutschen aus Tierschutz- und/oder Sicherheitsgründen untersagt.

a) Wird sich Ihre Partei für ein rechtssicheres Verbot für kommerzielle Pferdekutschen in Berlin einsetzen?

Wie sich in der letzten Legislatur gezeigt hat, sind ein generelles Tiernutzungs-Verbot in Zirkussen sowie das Verbot von Kutschpferden in der Stadt auf Landesebene gerichtlich nicht durchzusetzen. Beides wurde in der letzten Legislatur versucht und scheiterte jeweils vor Gericht. Hier zeigt es sich, dass die Verbote auf Bundesebene durchgesetzt werden müssen und wir werden gerne weiterhin im Bundesrat dafür plädieren und uns für einen Politikwechsel auf Bundesebene einsetzen. Vermutlich gilt das Gleiche für die Tiernutzung auf Jahr- und Weihnachtsmärkten.

7. Tauben in Berlin

Heimatlose Tauben sind in Städten zahlreichen Gefahren ausgesetzt. Durch betreute Taubenschläge wird sowohl die Vermehrungsrate als auch das Leid der Tiere verringert. Vergrößert wird die Population hingegen stetig durch „gestrandete“ Tauben, die bei Wettflügen das Ziel nicht erreichen.

a) Befürwortet Ihre Partei die Errichtung und Finanzierung weiterer betreuter Taubenschläge in Berlin durch die öffentliche Hand?

b) Befürwortet Ihre Partei ein Verbot von Tauben-Wettflügen?

Zu a): Wir setzen uns für ein landesweites Taubenmanagement ein, um damit eine nachhaltige und tierschutzgerechte Populationskontrolle der Stadttauben umsetzen.

Zu b): Aus Sicht des Tierschutzes ist ein Verbot von Tauben-Wettflügen zu befürworten.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Koch